

Vor der Küste des Jemen 09.09.2009



SANAA/BERLIN (Eigener Bericht) - Nach dem Massaker bei Kunduz hat die Bundeswehr erstmals auch am Horn von Afrika einen Menschen getötet. Beim Beschuss eines fliehenden Bootes durch deutsche Soldaten wurde ein Insasse tödlich getroffen. Die Militärs verdächtigten den Mann, der nahe der Hafenstadt Al Mukalla (Jemen) erschossen wurde, der Piraterie nachgehen zu wollen. Während deutsche Marineschiffe seit Jahren vor der jemenitischen Küste patrouillieren, eskaliert in dem Land ein Bürgerkrieg, der inzwischen auch deutsche Interessen tangiert. So heißt es, die Aufständischen würden von Iran unterstützt und stärkten dessen Einfluss. Zudem profitierten islamistische Terroristen von der Schwäche der Zentralregierung und nutzten den Jemen immer mehr als Sprungbrett und Rückzugsbasis für ihre Aktivitäten auf der Arabischen Halbinsel. Berlin bekämpft islamistische Kräfte nicht nur mit Projekten sogenannter Entwicklungshilfe, sondern unterstützt auch die jemenitische Polizei. Zudem unterhält die Bundeswehr eine "Beratergruppe" in dem Land und bemüht sich seit Jahren, eine Kooperation der Marinen beider Länder einzuleiten.

Auf der Flucht erschossen

Am Montag haben Soldaten der Bundeswehr erstmals auch am Horn von Afrika einen Menschen getötet. Dabei handelt es sich um einen Insassen eines Bootes, das die Fregatte "Brandenburg" unweit der jemenitischen Hafenstadt Al Mukalla zu stoppen versuchte. Die deutschen Militärs verdächtigten die fünf Männer in dem Boot, Piraterie betreiben zu wollen. Als die Verdächtigten flüchteten und auch trotz Warnschüssen nicht anhielten, beschossen die Marinesoldaten das Fahrzeug gezielt. Einer der Männer wurde tödlich getroffen, die übrigen wurden gefangen genommen. Beobachter vermuten, dass sie, wie zuvor schon andere tatsächliche oder angebliche Piraten, in Kenia vor Gericht gestellt werden. Dass der Todesschuss auf die Flüchtenden, die laut Bericht niemanden konkret bedrohten, für den deutschen Schützen Folgen hat, kann hingegen als ausgeschlossen gelten.

Bürgerkrieg

Im Jemen, vor dessen Küste deutsche Marineschiffe seit Jahren patrouillieren, eskaliert derzeit ein schon lange schwelender Bürgerkrieg. Im Norden des Landes, in der Provinz Saada, kämpft die sogenannte Huthi-Bewegung seit 2004 bewaffnet gegen die Zentralregierung in Sanaa. Während die Huthi angeben, nur für Gleichberechtigung ihres spezifischen Glaubens einzutreten - sie gehören dem zaiditischen Islam an -, erklärt die Zentralregierung, die Bewegung mache sich für die Wiedererrichtung eines theokratischen Regimes stark. Ein zaiditisches Imam war 1962 gestürzt worden. Der Konflikt eskaliert dramatisch und hat mindestens 150.000 Menschen in die Flucht getrieben; weite Teile des Nordjemen sind inzwischen vom Bürgerkrieg erfasst. Der jemenitische Staatspräsident kündigt massive Aufrüstungsmaßnahmen an.

Stellvertreterkonflikt

Deutsche Interessen tangiert, dass mit der Huthi-Bewegung stark antiwestlich orientierte Kräfte an die Macht drängen. Erst kürzlich hat die International Crisis Group, einer der einflussreichsten westlichen Think Tanks, auf die anti-amerikanische, anti-israelische und antisemitische Huthi-Agitation hingewiesen. Die Bewegung kämpfe insbesondere gegen die Zusammenarbeit der Zentralregierung in Sanaa mit Washington, berichtet die Crisis Group.[1] Dies betrifft auch Berlin, das seit Jahren eng mit dem Jemen kooperiert (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Alarmiert ist der Westen jedoch insbesondere von Berichten, denen zufolge die Huthi-Bewegung inzwischen in erkennbarem Umfang von Teheran unterstützt wird.[3] Dies betrifft zunächst Saudi-Arabien, die dominierende Macht der Arabischen Halbinsel, die seit je in einem Rivalitätsverhältnis zu Iran steht und sich nun an seiner Südgrenze iranischem Einfluss gegenüber sieht. Indirekt ist aber auch der Westen betroffen, der mit der saudischen Feudalaristokratie seit Jahrzehnten einen zuverlässigen Kooperationspartner besitzt und Riad deshalb gegen Teheran stützt. Der jemenitische Bürgerkrieg entwickelt sich damit schrittweise zum Stellvertreterkonflikt zwischen prowestlichen und antiwestlichen Kräften.

Anti-Terror-Kampf

Hinzu kommt, dass die kriegsbedingte Schwächung der Zentralregierung in Sanaa Freiraum für islamistische Strukturen schafft, die den Jemen immer stärker als Sprungbrett und als Rückzugsbasis für terroristische Aktivitäten in Saudi-Arabien nutzen. Washington drängt Sanaa massiv, härter gegen Islamisten vorzugehen, und wird selbst entsprechend aktiv. Auch Berlin beteiligt sich daran: Schon seit Jahren kooperieren die Polizeien Deutschlands und des Jemen, das Bundeskriminalamt unterhält einen "Verbindungsbeamten" in der jemenitischen Hauptstadt.[4] Darüber hinaus setzt die Bundesregierung auch "Entwicklungshilfe"-Projekte zur Schwächung aufständischer Islamisten ein. Wie die deutsche Presse berichtet, werden Islamisten beim Versuch, im Jemen Anhänger zu rekrutieren, oft mit gemäßigten Traditionen des lokalen Islam konfrontiert und setzen in diesen Fällen auf die Zerstörung althergebrachter Strukturen. Berlin hingegen stärkt diese Strukturen und hat beispielsweise die Entwicklungsagentur GTZ in die jemenitische Stadt Shibam entsandt, um dort die traditionelle Altstadt zu restaurieren. In dem dadurch ausgelösten Streit mit Islamisten sei es gelungen, einen Großteil der konservativen Bevölkerung gegen diese aufzubringen, heißt es in einem Pressebericht: Die Stärkung gemäßigter Traditionen wirke sichtbar "der Ausbreitung des Fundamentalismus entgegen".[5]

Militärberater

Zusätzlich rüstet Deutschland seit Jahren auch die jemenitischen Streitkräfte aus - besonders auch nach Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2004. Geländewagen und Fallschirme, aber auch Kleinwaffen und Munition und seit dem Jahr 2006 auch Panzertransporter aus Deutschland können von Sanaa verwendet werden, um die Huthi-Bewegung im Norden des Landes niederzukämpfen und die Spielräume für aufständische Islamisten zu verringern. Darüber hinaus unterhält Berlin eine "Beratergruppe" der Bundeswehr im Jemen, die sich vor allem der medizinischen Grundversorgung der jemenitischen Streitkräfte widmet: Deren Soldaten werden in erheblichem Umfang mit deutscher Medizintechnik gepflegt, bis sie wieder einsatzfähig sind.[6]

Kontrolle

Auch um eine Kooperation mit der jemenitischen Kriegsmarine bemüht sich die Bundeswehr, die schon seit Anfang 2002 mit ihren Kriegsschiffen vor der jemenitischen Küste operiert - im Rahmen des US-geführten "Anti-Terror-Kampfes" und mittlerweile auf EU-Ticket bei der Piratenabwehr. Die Maßnahmen unterstellen die Küstengewässer westlicher Kontrolle und erschweren damit nicht nur Piraterie, sondern nach wie vor auch unerwünschten Waffenhandel, der etwa die gegen Sanaa kämpfenden Kräfte stärken könnte. Angesichts der Eskalation des Bürgerkrieges im Jemen fällt damit der Marine, die jetzt erstmals einen Menschen im Einsatz getötet hat, eine Rolle bei der Stabilisierung prowestlicher Kräfte zu, die mit der offiziell als Einsatzgrund genannten Piratenabwehr nicht mehr viel zu tun hat.

[1] International Crisis Group: Yemen: Defusing the Saada Time Bomb; Middle East Report N°86, 27 May 2009

[2] s. dazu [Enge Beziehungen](#)

[3] Foreign states blamed in Yemen war; Al Jazeera 07.09.2009

[4] s. dazu [Enge Beziehungen](#)

[5] Das stolze Erbe wider die Eiferer; Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.05.2009

[6] Festschrift zum 40. Jubiläum der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Jemen; Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jemen, 2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com